

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 30. November 2015

Verfasser: Cyrill von Planta

Die erste Adventssitzung des Kantonsrates stand zunächst einmal im Zeichen der Aufnahme von 9 neuen Mitgliedern für die in den Nationalrat gewählten Kantonsräte und deren Wahlen in die Kommissionen. Auch deshalb wurden diesen Montag rekordverdächtige 27 Geschäfte behandelt, wovon für einmal nur vier erwähnt seien:

### **Wahl des neuen Präsidenten der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG)**

Bei der anschliessenden Neubesetzung der Kommissionssitze kam es bei der Wahl des ABG Präsidenten zu einer seltenen Debatte. Im Normalfall gibt es einen einstimmigen Vorschlag der interfraktionellen Konferenz und die Wahlen sind Formsache. Die SVP hatte mit René Truninger aber einen Kandidaten portiert, der erst seit Frühjahr im Rat sitzt und keine Erfahrung mit der parlamentarischen Oberaufsicht hat.

Wir Grünliberalen, sowie SP und GP forderten deshalb eine Verschiebung des Geschäfts, um der SVP Gelegenheit zu geben einen geeigneteren Kandidaten zu finden. Die AGB muss sowohl Universität und Unispital überwachen, das sind mitunter die grössten Institutionen des Kantons Zürich. Das Präsidium dieser Kommission ist für die glp darum eben kein Bildungsaufenthalt für Jungparlamentarier. Wie aber meist in solchen Situationen stellte die SVP ihre Machtansprüche über das Wohl des Kantons. Mit einem Päckli von FDP, CVP, EVP, EDU wurde der Kandidat wider alle Vernunft durchgeboxt. Beim Spiel aber, einen anderen SVPler gegen dessen Willen und ohne Absprache mit diesem zum Präsidenten zu machen, haben wir nicht mitgemacht.

### **Reglement für den Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie für die Zürcher Kantonalbank (Benno Scherrer, Daniel Hodel, Cyrill von Planta)**

Zu einer langen Debatte kam es beim Reglement für den Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie für die Zürcher Kantonalbank. Weil der Rat gegen den Willen der glp eine Staatsgarantie und deren Abgeltung mit einem Fonds beschlossen hatte, braucht es von Gesetzes wegen ein Reglement für diesen Fonds.

Die glp ist seit jeher der Ansicht, dass es für mehr Sicherheit der ZKB mehr Kapital in Form von Partizipationsscheinen braucht. Diese wurden aber abgelehnt. Ein Sicherungsfonds, auch wenn er dereinst mit drei Milliarden geüffnet sein sollte (was notabene bei der Einlage von 20 Mio. pro Jahr Jahrhunderte dauern würde), bringt angesichts des Ausmasses echter Finanzkrisen nur eine Scheinsicherheit. Positiv war in diesem Sinne zumindest, dass nun andere bürgerliche Parteien wie die FDP und die CVP auf unseren Kurs eingeschwenkt sind, aber gegen eine Koalition der Unvernünftigen von SP und SVP reichte dies nicht.

### **Ausgewogene Besetzung von Strategie- und Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten (Benno Scherrer)**

Die Grünliberalen wollen, dass die Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten so besetzt werden, dass beide Geschlechter zu min. 30% darin vertreten sind.

Der RR wäre bereit gewesen, die von uns als Motion miteingereichte Forderung als Postulat entgegenzunehmen.

Der Kanton hätte hier eigenständig agieren und eine Vorbildrolle wahrnehmen können.

Mit der grossen Anzahl an ausgezeichnet ausgebildeten jungen Frauen und dem Bewusstsein darum, dass Diversity ein Erfolgsfaktor ist, ist eine solche Forderung fast schon obsolet, denn es führt kein vernünftiger Weg an einer angemessenen Berücksichtigung der Geschlechter vorbei.

Der glp Sprechen wies aber auch darauf hin, dass gerade der Kantonsrat als Wahlgremium für diverse Gremien diese Vorgabe von sich aus umsetzen muss - und nicht einfach auf eine Regelung durch die Regierung warten soll, was aber ausgerechnet die SP mit ihrer letzten Nomination für den Bankrat nicht getan hat.

Uns Grünliberalen ist wichtig zu betonen, dass mit diesem Vorstoss die Privatindustrie nicht betroffen gewesen wäre, wir also nicht in die Wirtschaftsfreiheit eingegriffen hätten

Es wäre aber opportun gewesen, dass der Kanton mit dem guten Beispiel vorangegangen wäre und eine Geschlechterquote von 30% eingeführt hätte. Gerade bei seinen Anstalten sind die Eingriffe in die Rekrutierungsprozesse bereits dermassen gross und von politischen Vorgaben und Machtspielen

geprägt, dass eine Geschlechterquote kaum als ernsthaften Eingriff zu werten gewesen wäre. Wir unterlagen aber mit 100 : 64 Stimmen klar.

#### **Opernhausgesetz** (Thomas Wirth)

Als einzige Partei stellte sich die glp gegen die Änderung des Opernhausgesetzes. Das Opernhaus ist bereits jetzt der grösste Bezüger von Kultursubventionen und kriegt jährlich 86 Millionen Franken vom Kanton. Nun soll das Opernhausgesetz so geändert werden, dass der Kanton in Zukunft alle Bauvorhaben des Opernhauses zu bezahlen hat. Im aktuellen Gesetz ist das nicht so vorgesehen, weshalb in der Summe eine Mehrbelastung des Kantons zu erwarten ist. Das Gesetz selbst wurde durch einen Einzelfall, nämlich die Sanierung des Kugelilooos, ausgelöst. Als liberale Partei war dies für die glp ein Grund mehr, nicht ein Gesetz zu ändern, noch konnten wir uns aber nicht durchsetzen. Die Schlussabstimmung findet nächstes Jahr statt.

Zuletzt ist noch erwähnenswert, dass die SVP bei einem Postulat von unserem Thomas Wirth für "**Mehr Freiheit im Planungs- und Baugesetz**" Diskussion verlangt hat, das heisst, nicht mehr Freiheit im Planungs- und Baurecht wollen- und dies obschon die bürgerliche Regierung bereit gewesen wäre, den Vorstoss entgegenzunehmen... Tja, verkehrte Welt - aber wir freuen uns auf die Diskussion.